



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16195
Dienstag, 14. Dezember 2021

Köstinger weist irreführende Aussagen in Treibhausgas-Studie zurück	1
EU-Mitgliedstaaten gehen bei unfairen Handelspraktiken voran	2
Schmuckenschlager: Stabilität und Planungssicherheit für Bauern ist Gebot der Stunde	4
Umfrage zur Nutztierhaltung: Soziale Medien sind wichtigste Informationsquelle	5
Hagelversicherung: Bodenverbrauch gefährdet Lebensmittelversorgung	6
"Agritechnica" 2022 wegen Corona abgesagt	8
Kartoffelmarkt: Inlandsangebot derzeit gut ausreichend	9
OÖ Landtag verabschiedet Jagdgesetznovelle	10
Zwei Bären im Tiroler Oberland genetisch nachgewiesen	10
Weißrussland setzt Mehlexporte für drei Monate aus	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger weist irreführende Aussagen in Treibhausgas-Studie zurück

Landwirtschaft in Österreich nicht mit europäischer Agrarindustrie vergleichbar

Wien/Brüssel, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Die gestern vom IATP (Institute for Agriculture and Trade Policy) zum Thema "Treibhausgasemissionen in der Fleisch- und Milchindustrie" publizierte Studie und die daraus abgeleiteten Forderungen stoßen bei Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** auf heftige Kritik: "Diese Studie zeigt ein undifferenziertes, verzerrtes Bild der Klimaauswirkungen durch die Landwirtschaft. Die bäuerlichen Betriebe in Österreich und die Lebensmittelverarbeitung sind mit der in dieser Studie beschriebenen Agrarindustrie nicht vergleichbar", betont Köstinger.

In der genannten Studie wurden die 35 größten Fleisch- und Molkereikonzerne Europas und der Schweiz untersucht. Diese Unternehmen seien für 7% der europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich, wird festgestellt. Den Autoren zufolge habe kein Konzern die Reduktion des Nutztierbestandes als Lösungsansatz formuliert. Auch die stark steigenden Fleischexporte der EU seien für die zunehmenden Emissionen verantwortlich, wird festgestellt. Das IATP fordert daher in seinem Bericht eine massive Reduktion des Fleischkonsums und eine Beendigung der Massentierhaltung. Mittel aus der EU-Agrarpolitik sollten direkt dazu verwendet werden, um die europäische Landwirtschaft auf einen ganzheitlichen agrarökologischen Ansatz umzustellen, so die Forderung.

Bäuerliche Betriebe nicht mit Agrarindustrie verwechseln

"Ich verwehre mich dagegen, dass unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich einmal mehr in einen Topf mit Agrarkonzernen aus der ganzen Welt geworfen wird. Das schadet der österreichischen Qualitätslandwirtschaft und ist ein Schlag ins Gesicht für jene Bäuerinnen und Bauern, die uns 365 Tage im Jahr mit Lebensmitteln in höchster Qualität versorgen", zeigt sich Köstinger empört. Sie verweist darauf, dass die durchschnittliche Größe der bäuerlichen Betriebe in Österreich rund 20 ha beträgt, während es etwa in Mecklenburg-Vorpommern 270 ha sind.

90% der Treibhausgasemissionen kommen aus anderen Sektoren

"Was den Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Klimawandel betrifft, so muss ganz klar darauf verwiesen werden, dass laut Umweltbundesamt knapp 90% der österreichischen Treibhausgasemissionen aus anderen Sektoren kommen und nur 10% aus dem Agrarsektor. Diese Relationen sprechen für sich. Außerdem sind die Treibhausgase in der österreichischen Landwirtschaft seit 1990 um mehr als 14% gesunken, während die Emissionen zum Beispiel im Verkehr massiv gestiegen sind. Auch diese Zahlen zeigen, dass die österreichische Landwirtschaft auf dem richtigen Weg ist. Selbstverständlich werden wir unsere Bemühungen, die Emissionen im Agrarbereich zu senken, weiter fortführen", stellt die Ministerin klar. Sie legt in diesem Zusammenhang eindrucksvolle Zahlen vor: Der CO₂-Fußabdruck von 1 kg Rindfleisch aus Österreich liegt bei 17 kg CO₂, bei Fleisch aus Brasilien sind es 80 kg CO₂. Daher forcieren wir auch weiter die regionale Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln.

Auch die heimische Milchwirtschaft habe in den vergangenen Jahren ihre Emissionen reduziert. Zu bedenken sei weiters, dass durch die Rinderhaltung Gras, das beim Wachstum der Atmosphäre viel

CO2 entzieht - zu hochwertigen Lebensmitteln veredelt werde. Auch in der Milchverarbeitung werde verstärkt auf Klimaschutz gesetzt: Mittlerweile gebe es in Österreich bereits die ersten klimaneutralen Molkereien.

Vorbild in naturnaher Bewirtschaftung

"Unsere Bäuerinnen und Bauern sind Vorbild in ganz Europa, wenn es um Nachhaltigkeit und Klimaschutz geht. 80% der landwirtschaftlichen Betriebe nehmen am Umweltprogramm ÖPUL teil. Österreich ist auch Vorreiter im Biolandbau. Der 'Economist' hat unsere Bäuerinnen und Bauern beim internationalen Nachhaltigkeitsindex auf Platz eins von 67 Ländern gereiht. Darüber hinaus zählt Österreich schon jetzt zu den Ländern mit den höchsten Tierschutzstandards. Das belegt auch Platz eins von 50 Staaten im Tierwohl-Ranking der internationalen NGO 'World Animal Protection'. Diese Fakten zeigen, dass unsere Landwirtschaft im Gegensatz zu anderen Sektoren ihre Hausaufgaben in Sachen Klimaschutz gemacht hat und weiter machen wird. Vergessen sollte man aber auch nicht, dass unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu den Hauptbetroffenen des Klimawandels zählen und daher auch aus diesem Grund ein großes Interesse an klimafreundlicher, nachhaltiger Bewirtschaftung haben", unterstreicht Köstinger. Dieser Gesamtzusammenhang sollte in weiteren Studien entsprechend berücksichtigt werden. (Schluss)

EU-Mitgliedstaaten gehen bei unfairen Handelspraktiken voran

Vorerst keine Stützungsmaßnahmen für Schweinemarkt

Brüssel, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Aussprachen über unfaire Handelspraktiken, abholzungsfreie Importe und die schlechten Schweinefleischpreise prägten den landwirtschaftlichen Teil des letzten EU-Agrarministerrates unter slowenischer Leitung. Darüber hinaus sagten die Minister zu, bei den Durchführungsrechtsakten zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf Einsprüche zu verzichten. Sie wollen den Rechtsrahmen für die Reform vervollständigen, damit die EU-Mitgliedstaaten rasch Klarheit für ihre nationalen Strategiepläne bekommen und diese möglichst noch zu Beginn des kommenden Jahres bei der EU-Kommission vorlegen können. Fast alle EU-Mitgliedstaaten betonten, dass in den Durchführungsrechtsakten zur GAP-Reform keine zusätzlichen Anforderungen hinzukommen sollten und die EU-Kommission nicht durch die Hintertür ihren Green Deal stärken dürfe.

Die EU-Richtlinie zur Vermeidung von unfairen Handelspraktiken wurde in fast allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt, erklärte EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski**. In vier EU-Mitgliedstaaten stünde ein Abschluss noch bevor. Es sei zu früh, bereits von faireren Handelsbedingungen für Landwirte und Lieferanten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu reden, aber der Lebensmitteleinzelhandel nehme die Initiative der EU sehr ernst und werde Missstände hoffentlich bald abstellen, ist Wojciechowski überzeugt. Zudem gingen die meisten EU-Mitgliedstaaten in ihren nationalen Vorschriften über den Rahmen der EU hinaus, etwa was Zahlungsziele und die Stornierung von Lieferungen angeht, lobte der EU-Agrarkommissar.

Einige EU-Mitgliedstaaten werden nicht nur Landwirte, sondern auch größere Verarbeiter vor unfairen Handelspraktiken schützen. Österreich will die Obergrenze von 350 Mio. Euro pro Jahr auf 1 Mrd. Euro anheben, wenn der Käufer fünfmal größer ist. In Deutschland ist eine Obergrenze von 4 Mrd. Euro vorgesehen, berichtete der neue Landwirtschaftsminister

Cem Özdemir. Damit würden auch größere Molkereien und Fleischanbieter geschützt. Die Slowakische Republik warnte davor, dass Landwirte weiterhin das schwächste Glied in der Lebensmittelkette blieben. Der Druck gegenüber ihren Abnehmern werde durch den Green Deal sogar noch steigen, erklärte **Milan Kysel,** Staatssekretär im slowakischen Landwirtschaftsministerium. Die erhöhten Kosten durch Umwelt- und Klimaauflagen könnten Landwirte nämlich kaum auf ihre Abnehmer abwälzen. Die Warnung aus der Slowakei wurde von zahlreichen anderen Ministern geteilt. Die EU-Kommission müsse bei der Umsetzung des Green Deals auf einen Ausgleich der Lasten über die gesamte Lebensmittelkette sorgen, wurde betont.

Schweinefleisch: Falscher Zeitpunkt für Private Lagerhaltung

Einen dritten Anlauf unternahmen einige EU-Mitgliedstaaten im EU-Agrarrat für die Marktintervention auf dem EU-Schweinefleischmarkt. Die EU-Kommission lehnte jedoch Maßnahmen vor Weihnachten ab. "Es gibt erste Zeichen der Erholung", hielt Wojciechowski fest. Die Preise für Schweinefleisch stabilisierten sich und steigende Ferkelpreise zeugten davon, dass die Talsohle durchschritten sei. Zudem sei in der Weihnachtszeit mit einer erhöhten Nachfrage nach Schweinefleisch zu rechnen. Zu diesem Zeitpunkt die Private Lagerhaltung (PLH) von Schweinefleisch zu fördern, gebe ein falsches Signal an den Markt. Die EU-Kommission will den Markt im Auge behalten, und wenn die Preismisere wider Erwarten anhalten sollte, werde man zu Beginn des neuen Jahres Interventionen zur Stützung der Preise intensiv prüfen, erklärte Wojciechowski.

Nach Aufforderungen von Belgien und Litauen in vorangegangenen Agrarräten für EU-Erzeugerhilfen ergriff diesmal Tschechien die Initiative. "Es geht um Leben und Tod der Erzeuger", machte es Tschechien in der Aussprache im Rat dramatisch. Ungarn, Polen und Frankreich verlangten ausdrücklich Eingriffe in den Markt zur Stützung der Preise. 18 EU-Mitgliedstaaten forderten Hilfen aus dem EU-Haushalt für die Erzeuger. Dagegen legte Deutschland den Akzent auf die Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest, um wieder Exporte nach China zu ermöglichen. Die Niederländer forderten eine Folgenabschätzung, bevor man die PLH öffnet, und Dänemark warnte vor voreiligen Eingriffen in den Markt.

Abholzungsfreie Agrarimporte

Den Vorschlag der EU-Kommission zum Schutz der Wälder und zur Verpflichtung von abholzungsfreien Agrarimporten begrüßten die Minister. Der EU-Agrarrat darf allerdings nur seine Meinung abgeben. Federführend in den Verhandlungen um abholzungsfreie Soja-, Rindfleisch- und Palmöleinfuhren ist der EU-Umweltministerrat. Österreich betonte, abholzungsfreie Ware sei ein Gebot für die Importe. Aber für Exporte dürfen die Auflagen nicht gelten, da in der EU die Entwaldung kein Problem sei und die Waldfläche dort sogar ansteige. Schweden, Finnland und die baltischen Länder meldeten ebenfalls Bedenken wegen möglicher Beschränkungen für die Waldwirtschaft in der EU an. Spanien warnte vor höheren Futtermittelkosten durch die Auflage für die Sojaimporte aus Südamerika und vor einer Schwächung der Tierhalter in der EU. Der französische Landwirtschaftsminister **Julien Denormandie** kündigte an, man werde den Vorschlag unter seiner anstehenden Präsidentschaft weiter beraten, Begriffe genauer klären und Bedenken ausräumen. (Schluss) mö

Schmuckenschlager: Stabilität und Planungssicherheit für Bauern ist Gebot der Stunde

Vollversammlung EU-Agrarpolitik, Ökosoziale Steuerreform und mehr Tierwohl

St. Pölten, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) NÖ tagte am Montag, 13. Dezember, in St. Pölten. Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem der Strategieplan für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), der bis zum Jahresende bei der EU-Kommission einzureichen ist, die rasche Umsetzung der Ökosozialen Steuerreform 2022, Maßnahmen für mehr Tierwohl sowie die derzeitige hohe Volatilität der Märkte. Die von der Vollversammlung beschlossene Resolution enthält die vorgebrachten Forderungen sowie Anliegen und kann auf aiz.info heruntergeladen werden.

Bis Jahresende ist der Strategieplan mit den darin beschriebenen österreichischen Interventionen der GAP ab 2023 bei der EU-Kommission einzureichen. "Es geht darum, für Stabilität und Planungssicherheit zu sorgen und möglichst große Ausgewogenheit über alle Regionen, Sektoren und Produktionsausrichtungen zu schaffen. Im kommenden Jahr wird es unsere Hauptaufgabe sein, die Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln und die Bäuerinnen und Bauern über die neuen Systeme und Modalitäten entsprechend zu informieren. Gleichzeitig geht es darum, den vielfältigen gesellschaftlichen Ansprüchen bestmöglich nachzukommen", erklärt **Johannes Schmuckenschlager**, Präsident der Landwirtschaftskammer NÖ.

Die Ökosoziale Steuerreform enthält für die Bäuerinnen und Bauern mehrere wichtige Elemente. Mit der Steuerrückvergütung für Agrardiesel werden den Landwirten ab 2022 Kosten, die durch die CO₂-Bepreisung entstehen, abgegolten. "Wichtig dabei ist die in Aussicht gestellte unbefristete, vollständige Abgeltung der Mehrkosten der CO₂-Bepreisung", sagt Schmuckenschlager und fordert weiters: "Ebenso muss das Sonderinvestitionsprogramm für energieautarke Bauernhöfe rasch fixiert und einfach und praxisnah gestaltet werden. Wir wollen in der Landwirtschaft möglichst viele energieautarke Bauernhöfe schaffen, die den Strom für den Eigenbedarf aus gebäude- und betriebsintegrierten Photovoltaikanlagen samt Speicheranlagen erzeugen."

Österreich gehört im internationalen Vergleich zu den Ländern mit der nachhaltigsten Landwirtschaft und ist auch im Bereich Tierwohl in vielen Bereichen Vorreiter. Es gilt, dieses hohe Qualitätsniveau weiter auszubauen, die Produktion von tierischen Lebensmitteln weiterzuentwickeln und gleichzeitig die Selbstversorgung in Österreich abzusichern. Den stetig steigenden Ansprüchen und neuen Erkenntnissen beim Thema Tierwohl steht dabei die notwendige langfristige Produktionssicherheit der Betriebe gegenüber. "Mehr Tierwohl bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Schließlich bilden Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Konsument eine Wertschöpfungs- und Verbrauchskette, bei der jedenfalls die Absicherung der bäuerlichen Betriebe zu gewährleisten ist", so Schmuckenschlager.

Die Rohstoffpreise - national wie international - sind in letzter Zeit deutlich angestiegen. Das bedeutet auch Kostensteigerungen für die Land- und Forstwirtschaft. Erhöhte Kosten für Energie, Treibstoff, Futter oder Düngemittel bringen die Bäuerinnen und Bauern unter Druck. Dringend notwendig sind daher entsprechende Preisanpassungen für Lebensmittel. "Höhere Kosten bei gleichbleibenden Erzeugerpreisen führen zu einer immer größer werdenden Kostenschere. Steigen die Kosten für Rohstoffe, muss daher auch der Preis für die erzeugten Produkte daran angepasst werden. Ansonsten ist es den Bäuerinnen und Bauern nicht möglich, ihre Betriebe nachhaltig

betriebswirtschaftlich zu führen", erläutert Schmuckenschlager. Aktuell kämpfen etwa die Milchbäuerinnen und -bauern um eine Preiserhöhung für Milch und Milchprodukte. Die Molkereien sind in Vorleistung getreten und zahlen den Milchlieferanten seit 1. Dezember mehr. Nun muss auch der Handel Verantwortung übernehmen und den Preis für Milch und Milchprodukte erhöhen.

Über die Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer

Die Vollversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium der Vertretung der Landwirtschaft in Niederösterreich. Sie besteht aus 40 Mitgliedern, die gleichzeitig als Landeskammerräte Funktionen ausüben. Die Vollversammlung dient der Beratung und Beschlussfassung aller Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, soweit nicht der Hauptausschuss oder der Präsident zuständig sind. (Schluss) - APA OTS 2021-12-14/14:45

Umfrage zur Nutztierhaltung: Soziale Medien sind wichtigste Informationsquelle

Plank und Rieberer: Müssen reales Bild der Landwirtschaft zeigen

Wien, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Junge Erwachsene erhalten Informationen zur Nutztierhaltung immer weniger durch direkten Bezug zur Landwirtschaft, sondern immer mehr über soziale Medien. Das Interesse für diesen Bereich ist im Vergleich zu anderen Themen eher gering, und nur knapp die Hälfte der Befragten gab an, die Definition des Begriffes "Nutztier" genau zu kennen. Das geht aus einer Studie hervor, die heute von Verfasserin **Martina Rieberer** gemeinsam mit **Josef Plank**, Obmann des Vereines "Wirtschaften am Land", und **Hannes Royer**, Obmann von "Land schafft Leben", in einem Online-Pressegespräch präsentiert wurde.

99% der 400 im Juni 2021 befragten Wienerinnen und Wiener nutzen soziale Medien (Messenger-Dienste wie WhatsApp und Telegram, Media-Sharing-Plattformen wie YouTube, Mobile Communities wie Instagram und Snapchat sowie Netzwerke wie Facebook und Twitter).

Informationen zur Nutztierhaltung erhalten die Befragten laut eigenen Angaben vorwiegend über Instagram, Facebook und YouTube. "Knapp ein Drittel veröffentlicht selbst Medieninhalte zur Nutztierhaltung, die restlichen zwei Drittel der Befragten verhalten sich in den sozialen Medien überwiegend wie stumme Beobachter oder Sammler", erläutert Rieberer, die diese Umfrage in Kooperation mit dem Institut für Markt- und Meinungsforschung Demox Research durchgeführt hat.

Themenhoheit nicht den Kritikern überlassen

Neben Bildern, Filmen und Videos informiert sich mehr als ein Drittel der Befragten zudem über Texte und Artikel in Foren, Online-Zeitungsartikeln oder WhatsApp-Nachrichten. Audioformate wie Podcasts, Hörbücher oder Radio werden weniger oder gar nicht genutzt, um sich mit dem Thema Nutztierhaltung zu beschäftigen.

"Die Befragten informieren sich bei Fragen zur Haltung oder Fütterung von Nutztieren in Plattformen wie Wikipedia. YouTube ist hier die zweite Wahl", so Rieberer. Sie spricht sich für die verstärkte Nutzung von sozialen Medien aus, um auch die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung besser mit Informationen zu versorgen. "Bäuerinnen und Bauern sowie deren Vertreter können soziale Medien

optimal für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Feedback lässt auf interaktiven Online-Plattformen meist nicht lange auf sich warten und kann manchmal auch unhöflich sein. Trotzdem: Bäuerinnen und Bauern sollten die Themenhoheit in sozialen Medien nicht jenen überlassen, die Nutztierhaltung romantisieren oder skandalisieren", rät Rieberer zur verstärkten Nutzung sozialer Medien zur Informationsvermittlung.

Virtuelle Brückenbauer: Agrar-Influencer sollen gefördert werden

"Der sinkende Anteil der bäuerlichen Berufsgruppe und die zunehmende Urbanisierung führen zu einer Entfremdung junger Bevölkerungsgruppen von der Nutztierhaltung. Dies hat zur Folge, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen an die Haltung von Nutztieren geändert haben. Die Bürger hinterfragen Landwirte und deren Beruf zunehmend kritisch in sozialen Medien", unterstreicht Plank. Als Obmann des Vereins "Wirtschaften am Land" unterstützt er Projekte, die zur verbesserten Bewusstseinsbildung beitragen. "Die Landwirtschaft muss professioneller kommunizieren und auf die Fragen und Wünsche der Jugend eingehen", so Plank.

Er setzt dabei auch auf österreichische Agrar-Influencer, die er im kommenden Jahr zu einem gemeinsamen Workshop einladen möchte. Außerdem soll es Gespräche mit dem Handel über die wertschätzende Kommunikation im Bereich Lebensmittel geben. "Wenn wir alle miteinander reale Bilder kommunizieren, gewinnen Bauern und Händler. Für die Konsumenten bedeutet das auch mehr Transparenz und somit Wahlfreiheit vorm Regal. Langfristig gesehen heißt das mehr Glaubwürdigkeit für alle", so Plank.

Bewusstseinsbildung fängt in der Schule an

"Wir müssen alle gemeinsam wieder mehr über die Herstellung unserer Lebensmittel sprechen. Je mehr Wissen und Bewusstsein bei den Konsumenten vorhanden ist, desto mehr Wertschätzung wird auch wieder entstehen. Die Menschen interessieren sich immer mehr dafür, woher ihr Essen kommt, und genau hier haben wir eine Möglichkeit, Verbraucher wieder für die landwirtschaftliche Produktion zu begeistern", sagt Royer. Die Bewusstseinsbildung fange bei den Kindern in der Schule an. Der Verein "Land schafft Leben" habe daher mit Unterstützung aller neun Bildungsdirektionen an den österreichischen Schulen einen Lebensmittelschwerpunkt ausgerufen. "Mit unseren kostenlosen Unterlagen haben Pädagogen die Möglichkeit, Lebensmittelwissen, Ernährungsbildung und Konsumkompetenz ganz einfach vom Kindergarten bis zur Matura in den Unterricht zu integrieren. So kann wertfrei gelehrt und gelernt werden, ohne Skandalisierung in sozialen Netzwerken", so Royer. (Schluss) kam

Hagelversicherung: Bodenverbrauch gefährdet Lebensmittelversorgung

Kapitalgetriebener Umgang mit Ressourcen verschandelt das Land

Wien, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Bundesanstalt Statistik Österreich hat auch heuer wieder gefragt "Wie geht's Österreich?" in Sachen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt. Für die Umwelt fiel die Antwort erschütternd aus: Denn gerade bei der Flächenversiegelung geht es Österreich besonders schlecht. So stellt die Flächenversiegelung, also der Bodenverbrauch, weiterhin eines der brennendsten Umweltprobleme dar. Seit dem Jahr 2001 wuchs diese mit 26,6% deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+10,9%).

"Allein in den vergangenen 50 Jahren wurden in Österreich 300.000 ha beste Agrarflächen durch Verbauung vernichtet. Das entspricht der gesamten Ackerfläche Oberösterreichs. Dennoch werden auch heute noch täglich 11,5 ha und somit 16 Fußballfelder zubetoniert. Österreichs Ziel seit 2002 ist es, nur 2,5 ha pro Tag zu verbauen, und trotzdem wächst die Flächenversiegelung jährlich schneller als die österreichische Bevölkerung. Mit dem Bodenverbrauch stieg auch die durchschnittliche Wohnfläche pro Person an. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass wir in Österreich bei wachsender Bevölkerung immer mehr Platz zum Wohnen, aber weniger Fläche zur Essensproduktion zur Verfügung haben. Es stellt sich dabei die Frage: Wie sollen wir mit immer weniger Boden immer mehr Menschen ernähren?", weist **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, auf die Notwendigkeit eines Umdenkens hin.

Agrarflächen für Lebensmittelproduktion erhalten

Damit es Österreich in Zukunft auch in Sachen Umwelt besser geht, sind bei Bodenfragen rasche Antworten gefragt. "Wir können der gegenwärtigen Entwicklung nur gegensteuern, wenn wir Agrarflächen für die Lebensmittelproduktion sichern und auch erneuerbare Energien ressourcenschonend und ohne weitere Verschandelung der Landschaft erzeugen. Wir müssen verstehen, dass der Boden unser kostbarstes Gut ist. Die Oberfläche der Erde ist endlich. Dieser sorglose und rein kapitalgetriebene Umgang mit unserer Ressource Boden hat in den letzten drei Jahrzehnten unser Land brutal verschandelt und zerstört. Durch eine nicht optimal funktionierende Raumordnung haben wir heute eine Landschaft mit Einkaufszentren, Gewerbeparks und zum Teil hässlichen Siedlungen", verweist Weinberger auf eine Umfrage des Market-Instituts worin acht von zehn Befragten über die Verschandelung der Landschaft verärgert sind. Auch der neueste Trend, Photovoltaikanlagen auf besten Äckern und Wiesen zu errichten, bereitet dem Vorstandsvorsitzenden der Hagelversicherung Sorgen. "Die Folgen dieser Entwicklungen sind unter anderem verödete Ortskerne sowie ein explodierendes Verkehrsaufkommen. Durch die Zersiedelung bauen wir immer mehr Straßen. Die damit verlorenen Ackerflächen gefährden massiv die Ernährungssicherheit", führt Weinberger aus.

Umfassendes Maßnahmenbündel für weniger Bodenverbrauch notwendig

Folgende Maßnahmen wären laut Weinberger daher mehr als zweckdienlich, um die Schönheit Österreichs auch weiterhin zu bewahren, das Klima und die Umwelt zu schützen, die Biodiversität aufrechtzuerhalten, die Lebensmittelversorgung auch weiterhin sicherzustellen und um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken: Laut Umweltbundesamt gibt es in Österreich 40.000 ha leer stehende Gewerbe-, Industrie- und Wohnimmobilien (das entspricht der Fläche der Stadt Wien). Eine Revitalisierung dieser Brachflächen ist aber finanziell aufwendiger als ein Neubau auf der grünen Wiese. Daher braucht es laut Hagelversicherung monetäre Anreizsysteme für eine Revitalisierungsoffensive leer stehender Immobilien. Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der Raumordnungskompetenzen auf Länderebene.

Zudem steht laut Umweltbundesamt eine Fläche von 72.100 ha als gewidmetes, nicht bebautes Bauland (Baulandreserven) frei. Das entspricht fast der 5-fachen Fläche von Graz. Dennoch wird neues Bauland gewidmet. Um Baulücken und Leerstände in Ortskernen transparent zu erfassen und bestmöglich zu nutzen, braucht es eine österreichweite Leerstands-Datenbank und eine Flächenmanagement-Datenbank für Gemeinden, lautet eine weitere Forderung der Österreichischen Hagelversicherung.

Zugleich soll die Innenentwicklung Vorrang zur Außenentwicklung haben. So sollen Baulandausweisungen nur noch dann genehmigt werden, wenn die betreffende Gemeinde nachweisen kann, dass keine angemessenen Innenentwicklungspotenziale verfügbar sind. Außerdem sollen besonders wertvolle Flächen (landwirtschaftliche Vorrangflächen) wie am Beispiel der Schweiz bewahrt werden. Hier sind die produktivsten Landwirtschaftsböden für die Ernährungssicherung der Bevölkerung gesetzlich vor Verbauung geschützt. Zusätzliche Maßnahmen sind ein vermehrtes Bauen in die Höhe und in die Tiefe, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, da dieser weniger Fläche in Anspruch nimmt, eine Kommunalsteuer als Landessteuer sowie ein interkommunaler Finanzausgleich und letztlich auch quantitative und messbare Zielwerte für die tägliche Flächeninanspruchnahme auf Landesebene in Novellierungen der Raumordnungsgesetze zu verankern.

"Faktum ist: Vor unserem Boden - und der ist Leben, da in einer Handvoll Erde mehr als 7 Mrd. Lebewesen beheimatet sind - haben wir keinen Respekt mehr. Boden wird als Betongold missbraucht. Daher müssen wir jetzt handeln, denn Äcker und Wiesen müssen für die Lebensmittelproduktion erhalten bleiben. Sind die Böden einmal fort, bleibt uns nur mehr der Import. Und damit werden wir und vor allem unsere Kinder und Kindeskinde sehr verletzbar", weist Weinberger abschließend auf ein rasches Handeln hin. (Schluss)

"Agritechnica" 2022 wegen Corona abgesagt

Gesundheit und Sicherheit gehen vor - Neuer Termin im Herbst 2023

Frankfurt, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Die "Agritechnica" findet aufgrund der Pandemie-Situation 2022 nicht statt. Der nächste Zeitraum für die Weltleitmesse der Landtechnik wurde für den 12. bis 18. November 2023 in Hannover festgelegt, erklärte die DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft) als Veranstalter gemeinsam mit der VDMA Landtechnik und dem Ausstellerbeirat der Messe. Die "Agritechnica" wäre im Frühjahr 2022 als internationaler Treffpunkt der Landwirtschaft und des Agribusiness geplant gewesen. Fachlicher Austausch, Netzwerken und Innovationen sollten im Mittelpunkt stehen und die notwendigen Impulse für eine zukunftsfähige Landwirtschaft liefern.

Reinhard Grandke, Hauptgeschäftsführer der DLG, begründete die Absage mit einer sich verschärfenden Pandemie und den damit verbundenen aktuellen behördlichen Verordnungen, die eine störungsfreie Durchführung der "Agritechnica" unmöglich machten. "Wir bedauern die Absage zutiefst, aber wir haben diese Entscheidung in der Verantwortung für die Gesundheit und Sicherheit aller getroffen. Viele unserer Aussteller, Partner, Besucher und Mitglieder sowie unser gesamtes DLG-Team haben bereits eine großartige Vorarbeit geleistet. Unser Blick richtet sich jetzt auf die Planung der 'Agritechnica' 2023 sowie der weiteren nationalen und internationalen Veranstaltungen und Messen der DLG im nächsten Jahr", so Grandke.

Auch wenn die "Agritechnica" im nächsten Jahr nicht wie geplant stattfinden kann, wurden dennoch die Preisträger des führenden Neuheitenpreises der internationalen Landtechnik bekanntgegeben. "Unser Dank richtet sich an die DLG-Neuheitenkommission, die eine Goldmedaille und 16 Silbermedaillen an herausragende Innovationen vergeben hat", erklärte **Freya von Czettritz**, Projektleiterin der "Agritechnica". Alle ausgezeichneten Neuheiten sind unter

www.agritechnica.com/innovation-award-gewinner veröffentlicht. Die Auszeichnungen werden im nächsten Jahr von der DLG offiziell verliehen.

Digitales Zusatzangebot läuft weiter

Das digitale Zusatzangebot der "Agritechnica", das im November 2021 gestartet ist, steht wie geplant bis Ende März 2022 auf der Digital-Plattform "DLG-Connect" (www.dlg-connect.com) zur Verfügung. Besucher der Plattform haben die Möglichkeit, aktuelle Angebote und Informationen der Landtechnikhersteller einzuholen, an digitalen Events teilzunehmen und sich mit Unternehmen und Landwirten zu vernetzen. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Inlandsangebot derzeit gut ausreichend

Nachfragebelegung zu Weihnachten erwartet - Erzeugerpreise stabil

Wien, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt zeigt sich knapp zwei Wochen vor Weihnachten recht unspektakulär. Die verfügbaren Angebotsmengen sind derzeit gut ausreichend. Angesichts der durchwachsenen Lagerfähigkeit vieler Partien wird heuer kaum Ware spekulativ zurückgehalten, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. Die anhaltend ungewöhnlich hohen Aussortierungen sorgen für eine entsprechend rasche Räumung der Lagervorräte. Auf der Nachfrageseite tut sich momentan noch sehr wenig. Das Inlandsgeschäft läuft stetig auf gut durchschnittlichem Niveau. Allgemein wird erwartet, dass kurz vor den Weihnachtsfeiertagen die Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel etwas anziehen werden. Auch die schrittweise Öffnung der Gastronomie und der Tourismuswirtschaft dürfte sich in den nächsten Wochen positiv auf der Absatzseite bemerkbar machen.

Bei den Erzeugerpreisen gibt es keine Änderung zur Vorwoche. In Niederösterreich wurden Speisekartoffeln zu Wochenbeginn meist um 18 bis 20 Euro/100 kg übernommen. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen liegen die Preise darunter. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 22 Euro/100 kg zu erzielen. Aus Oberösterreich wurden unveränderte Erlöse von bis zu 25 Euro/100 kg genannt.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt wurde zuletzt bereits von einem verhalten ansteigenden Absatz von Speisekartoffeln im Lebensmitteleinzelhandel berichtet. Nicht ganz sicher ist man aber, welchen Anteil daran Weihnachten und welchen die Kontaktbeschränkungen mit weniger Gastronomie und mehr Homeoffice haben. Trotz der anhaltend hohen Aussortierungen kann die Nachfrage gut gedeckt werden - dies letztlich auch, weil der Bedarf in den Großküchen und der Gastronomie durch die Corona-Einschränkungen zuletzt deutlich abgenommen hat. Unverändert gut zeigt sich dagegen das Exportgeschäft. Schöne Partien mit guter Waschfähigkeit sind heuer in Polen, Nordeuropa, Tschechien oder auch auf dem Balkan gesucht. Bei den Erzeugerpreisen gab es ebenfalls keine Änderungen. Zu Wochenbeginn wurden im Bundesdurchschnitt für Speiseware meist 16 bis 18 Euro/100 kg bezahlt. (Schluss)

OÖ Landtag verabschiedet Jagdgesetznovelle

Langer-Weninger: Zielgerechte Lösung im Umgang mit einzelnen jagdbaren Tierarten

Linz, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Der oberösterreichische Landtag wird am Donnerstag, 16. Dezember, auf Betreiben der OÖVP gemeinsam mit der FPÖ eine Novelle des OÖ Jagdgesetzes beschließen. Neu ist, dass es in Ausnahmefällen die Möglichkeit einer Verordnungsermächtigung für eine praxisgerechte Handhabe im Umgang mit einzelnen jagdbaren Wildtierarten geben soll. "Langwierigen Verwaltungsverfahren auf Kosten unmittelbar betroffener Bewirtschafter, aber auch der Gesellschaft, wird so der Riegel vorgeschoben. Maßnahmen mit dem Ziel eines konfliktarmen Nebeneinanders von Mensch und Wildtieren können damit innerhalb strenger Rahmenbedingungen zielgerichteter durchgeführt werden", betont Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger**

Es war bei Problemen mit einzelnen Individuen einer jagdbaren Tierart bisher zwar möglich, einen Entnahmebescheid durch die Landes- und Bezirksverwaltungsbehörden in die Wege zu leiten, danach aber blieb Betroffenen nichts anderes übrig als darauf zu hoffen, dass Naturschutzorganisationen keine Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung erhoben - was so gut wie nie der Fall war.

Die "Misere des untätigen Zusehens" sei nun mit der neu geschaffenen Möglichkeit einer Verordnungsermächtigung beendet. Sie erlaube es, bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen, gezielt Tiere, die ein konfliktarmes Nebeneinander gefährden, zu entnehmen, unabhängig von deren Schutzstatus oder etwaigen Schonzeiten. Das bedeute aber nicht, dass versucht werde den Schutzstatus von Wolf, Otter und Co. auszuhebeln. "Die Verordnungsermächtigung ist legislativ so angelegt, dass sie nur in absolut begründeten Ausnahmefällen und unter strengen Vorgaben zur Umsetzung kommt", stellt Langer-Weninger klar. Bislang waren die Leidtragenden nicht nur Jäger und Landwirte, sondern auch die Nutztiere, Fischbestände und forstliche Anlagen, die von jagdbaren Wildtieren, wie zum Beispiel dem Fischotter, dem Wolf oder Rotwild-Rudeln, in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Oberösterreich ist nicht das erste Bundesland, das sich eine Handhabe im Umgang mit derartigen Problemstellungen zurechtgelegt hat. Auch in Salzburg, Tirol und Kärnten gibt es unterschiedlich ausgestaltete Verordnungen mit der Möglichkeit, bei Konflikten zwischen Menschen und Wildtieren regulierend eingreifen zu können. (Schluss)

Zwei Bären im Tiroler Oberland genetisch nachgewiesen

Konkreter Wolfsverdacht bei totem Schaf im Gemeindegebiet von Erl

Innsbruck, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - Der zuletzt Mitte September im Tiroler Pitztal genetisch nachgewiesene Bär ist auch jener, der im Mai und Juni dieses Jahres im Ötztal für mehrere Schafsrisse verantwortlich war. Das hat die vom Naturhistorischen Museum in Wien durchgeführte Genotypisierung, also die genetische Bestimmung des Einzeltieres, ergeben. Dabei wurde auch festgestellt, dass der Bär, der Mitte Juli im Bezirk Landeck anhand von Rissen genetisch nachgewiesen wurde, wiederum ein anderes Tier ist. Weitere Untersuchungsergebnisse zur individuellen Zuordnung sind derzeit noch ausständig. Somit wurden im Tiroler Oberland im heurigen

Jahr bislang zwei verschiedene männliche Bären bestätigt, denen insgesamt 63 Schafsrisse zugeordnet werden. Experten waren schon vorher davon ausgegangen, dass es sich um zwei Individuen handelt. Die letzte bekannte Bärensichtung war Ende September im Pitztal.

Eine individuelle Bestimmung jenes Bären, der im Juni in Anras (Bezirk Lienz) nachgewiesen wurde, war nicht möglich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich dabei um einen anderen Bären als die im Tiroler Oberland nachgewiesenen Individuen handelt und somit im heurigen Jahr erstmals von drei verschiedenen Bären in Tirol auszugehen ist.

Am vergangenen Wochenende wurden im Gemeindegebiet von Erl (Bezirk Kufstein) ein totes Schaf in einer mit Maschendraht eingezäunten Christbaumkultur sowie ein totes Reh gefunden. Anhand des Rissbildes besteht nach der amtstierärztlichen Begutachtung des Schafes ein konkreter Wolfsverdacht. Proben zur weiteren Abklärung wurden genommen.

Begutachtet wurde weiters ein im Gemeindegebiet von Schmirn (Bezirk Innsbruck-Land) tot aufgefundenes und als Rissverdacht gemeldetes Reh. Eine tote Gams im Gemeindegebiet von Längenfeld (Bezirk Imst) wird noch heute amtstierärztlich untersucht. Im benachbarten Umhausen wurde anhand eines Rotwildrisses vom 25. November ein Wolf aus der italienischen Population bestätigt. Bei allen Wildtieren wurden Proben genommen, die zur genetischen Untersuchung nach Wien übermittelt werden.

Am Sonnenplateau im Gemeindegebiet von Fiss (Bezirk Landeck) wurde anhand eines am 23. November untersuchten Rehs ein Luchs nachgewiesen. Das ist der sechste Luchsnachweis in Tirol im heurigen Jahr, teilt die Landesregierung mit. (Schluss)

Weißrussland setzt Mehlexporte für drei Monate aus

Lieferungen für humanitäre Hilfe erlaubt

Minsk, 14. Dezember 2021 (aiz.info). - In Weißrussland sind die Ausfuhren von Weizenmehl vorübergehend untersagt worden. Das sieht eine am Wochenende veröffentlichte Anordnung des Minsker Ministerkabinetts vor. Danach soll das Exportverbot drei Monate nach der Bekanntgabe in Kraft bleiben. Es gilt für die Ausfuhren des Produktes sowohl in die Partnerländer der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) als auch in die Drittstaaten. Die Gründe für die Maßnahme wurden im Dokument nicht genannt. Ausgenommen vom Exportverbot sind die Lieferungen von Weizenmehl im Rahmen der humanitären Hilfe sowie der Transitbeförderung über das weißrussische Territorium. (Schluss) pom